



Presseschau vom 24.01.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: UN: Tausende fliehen nach türkischer Offensive in Nord-Syrien

Die türkische Militäroffensive im Raum des nordsyrischen Afrin hat nach Angaben der Uno bereits mehreren Zivilisten das Leben gekostet, rund 6000 sind auf der Flucht.

„In den letzten Tagen sind friedliche Bewohner durch den Beschuss ums Leben gekommen“, teilte Stéphane Dujarric, Pressesprecher des UN-Generalsekretärs, am Dienstag mit, ohne Zahlen zu nennen.

Am heftigsten sollen Städte im syrischen Grenzgebiet angegriffen worden sein. „Nach Schätzungen unserer Kollegen aus der Hilfsmision haben 5000 Menschen in umliegenden Dörfern Zuflucht gefunden. Weitere 1000 sind nach Aleppo geflohen.“

Die türkische Luftwaffe hatte am Samstag erste Angriffe gegen kurdische Milizen im Nordwesten Syriens geflogen. Am Sonntag erklärte die Regierung in Ankara den Beginn einer Bodenoperation unter dem Namen „Olivenzweig“ gegen die von den USA unterstützte Kurdenmiliz YPG in Afrin. Die Türkei sieht die YPG als einen Arm der dort verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK an.

Die syrische Regierung verurteilte die türkische Offensive als eine Aggression. Russland mahnte alle Parteien zu Zurückhaltung und machte sich für die territoriale Einheit Syriens stark.

*Dnr-news.com: Muzhenko berichtete Volker in Kiew über die Situation im Donbass
Der Chef des Generalstabs der Streitkräfte der Ukraine Wiktor Muzhenko traf sich mit dem*

Sonderbeauftragten des US-Außenministeriums zu Fragen der Ukraine Kurt Volker. Dies berichtet der Generalstab der ukrainischen Armee auf Facebook.

„Im Verlauf des Treffens informierte der Armeegeneral der Ukraine Wiktor Muzhenko den amerikanischen Diplomaten über die gegenwärtige Situation im Osten der Ukraine. Die Seiten tauschten sich zu aktuellen Fragen der regionalen Sicherheit und den Perspektiven der bilateralen Beziehungen zwischen der Ukraine und den USA im Verteidigungsbereich aus.“, heißt es in der Erklärung...

de.sputniknews.com: Olympia-Ausschluss russischer Sportler: Neue Motive ans Licht gekommen – Medien

Die russischen Sportler Anton Schipulin (Biathlet) und Viktor Ahn (Shorttracker) werden zu den Olympischen Winterspielen 2018 im südkoreanischen Pyeongchang nicht zugelassen. Die französische Zeitung „Le Monde“ berichtet am Dienstag unter Berufung auf eine Quelle, wie es dazu gekommen sei.

Eine Richard McLaren von der Welt-Anti-Doping-Agentur (Wada) nahestehende Quelle behauptete gegenüber dem Blatt, dass die Dopingproben der genannten Sportler, die ihnen bei den Olympischen Winterspielen 2014 im südrussischen Sotschi abgenommen worden waren, manipuliert worden seien.

Am Dienstag hat das Internationale Olympische Komitee (IOC) den russischen Athleten Anton Schipulin, Viktor Ahn, Sergej Ustjugow sowie einer Reihe russischer Eisschnellläufer und Hockeyspieler die Teilnahme an den Olympischen Winterspielen im südkoreanischen Pyeongchang verweigert. Der IOC begründete dies damit, dass die Namen jener Sportler in der Datenbank des Moskauer Anti-Doping-Labors stünden, das einst Grigori Rodtschenkow geleitet hatte. Dabei sei aber Anton Schipulin in den Materialien von McLaren nicht erwähnt worden.

Im Dezember 2017 hatte das IOC Dopingmissbrauch in Russland als erwiesen eingestuft und die russische Nationalmannschaft von den Winterspielen 2018 in Südkorea ausgeschlossen. Saubere russische Sportler dürfen zwar in Pyeongchang starten, doch nur unter neutraler Flagge und dem Sonderstatus „Olympische Athleten aus Russland“.

Der Doping-Skandal in Russland war 2016 ausgebrochen, als ein entsprechender Bericht von Wada-Präsident Richard McLaren veröffentlicht wurde, dem zufolge es in Russland ein umfassendes Doping-System gegeben hatte, von dem auch höchste Staatsbeamte gewusst hätten.

McLaren berief sich dabei zum Teil auf Grigori Rodtschenkow, der in die USA geflohen war und in einem großen Interview für die „New York Times“ sehr offen von vielen Manipulationen bei den Dopingtests russischer Sportler während der Olympischen Winterspiele 2014 in Sotschi gesprochen hatte. Als Ergebnis können viele russische Athleten nicht mehr für ihr Land auftreten



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31860/16/318601635.jpg>

de.sputniknews.com: Warum Europa weiterhin russisches Gas braucht
Russland hat nach offiziellen Angaben im Jahr 2017 insgesamt 193,9 Milliarden Kubikmeter Gas – eine Rekordmenge seit 1990 – nach Europa geliefert. Die russischen Gasexporte nehmen sichtlich weiter zu – trotz der von der EU angestrebten Diversifizierung der Energiequellen.

Wie der Chefredakteur des slowakischen Portals datel.sk Peter Toth im Gespräch mit Sputnik sagte, vertreten Politiker und Journalisten oft die These, dass Russland seine Gaslieferungen als außenpolitisches Instrument nutze.

Der Journalist stimmte dem nur teilweise zu.

„Das mag uns nicht gefallen und kann vielen Ländern unangenehm sein, aber die Naturschätze, vor allem Gas, sind ein wirtschaftlicher und geopolitischer Vorteil Russlands“, so Toth.

Er räumte zugleich ein, dass dieser Vorteil eingeschränkt sei. „In den USA wird zunehmend Erdöl und Schiefergas gefördert. All das führt zu einem Absinken der Preise für Energieträger auf den Weltmärkten, was sich auf den russischen Staatshaushalt negativ auswirkt.“

Toth ist überzeugt, dass die EU in nächster Zeit ihre Angewiesenheit auf russisches Gas nicht mindern könne. In einem anderen Fall „hätte Deutschland nicht damit begonnen, gemeinsam mit Russland die Nord-Stream-Pipeline zu bauen. Die Deutschen hätten sich auf die Lieferung von norwegischem Gas verständigen können. Die geographische Realität sieht aber so aus, dass Ost- und Zentraleuropa sowie der größte Teil von Südeuropa gezwungen sind, mit Russland zusammenzuarbeiten“, so Toth.

Nach Meinung des Journalisten ist die Einstellung der Gaslieferungen aus Russland nach Europa wenig wahrscheinlich. Dies wäre nur möglich, wenn ein bewaffneter Konflikt zwischen der EU und Russland beginnen sollte oder die russische Wirtschaft nicht mehr von den Gaslieferungen abhängen sollte und wenn China, die Türkei und andere Länder die Gaslieferungen aus Russland für Europa ersetzen könnten. All das sei in kurzfristiger Perspektive unmöglich, so Toth.

Er merkte an, dass der russische Präsident Wladimir Putin die Situation im Land stabilisiert habe. Sein Hauptfehler bestehe jedoch darin, dass die russische Wirtschaft nicht diversifiziert sei, so Toth.

Wie er ferner sagte, ist die Festigung der russisch-deutschen Beziehungen für kleinere

europäische Länder günstig. „...Die Stabilität im Norden Eurasiens hängt von den guten Beziehungen zwischen Deutschland und Russland ab. (...) Stabile deutsch-russische Beziehungen in Handel und Politik sind von Schlüsselbedeutung für den Frieden in Europa“, betonte Toth.

Rusvesna.su: PACE verabschiedete eine Resolution zum Donbass mit der Forderung, das Gesetz zur Reintegration zu überarbeiten

„Die Parlamentarische Versammlung des Europarates stimmte für eine Resolution zu den humanitären Folgen des Krieges in der Ukraine.

Ein besonderer Aspekt wird in diesem Dokument auf die Notwendigkeit gesetzt, die Diskriminierung der Einwohner des Donbass in Bezug auf ihre sozialen (Zahlung von Renten und Sozialleistungen) und politischen Rechte hervorgehoben.

Der Autor des Berichtes war der litauische Abgeordnete Egidius Vareikis (EVP). Er stellte fest, dass die humanitäre Situation in der Ukraine Besorgnis hervorruft.

Seinen Worten zufolge benötigen infolge des Krieges im Donbass und der Wiedervereinigung der Krim mit Russland mehr als 4 Mio Menschen humanitäre Hilfe, mehr als 10.000 Menschen starben. Darüber hinaus wurden mehr als 1,5 Mio Menschen zu Binnenflüchtlingen und etwa eine halbe Million suchte in anderen Ländern Zuflucht.

„Wir rufen die ukrainische Regierung auf, Mechanismen zu schaffen, um solche Personen zu unterstützen“, sagte der Redner vor der Abstimmung.

Die Resolution wurde mit der Änderung des Abgeordneten der Obersten Rada Wadim Nowitzky angenommen (42 zu 16 Stimmen), in der gesagt wird, dass es notwendig ist, das sog. „Gesetz zur Deokkupation“ so zu überarbeiten, dass es auf den Minsker Vereinbarungen basiert und in vollem Umfang den sozialen Schutz und die grundlegenden humanitären Bedürfnisse der Zivilbevölkerung in den nicht durch Kiew kontrollierten Gebieten des Donbass gewährleistet...

de.sputniknews.com: Operation in Afrin: Putin telefoniert mit Erdogan

Russlands Präsident Wladimir Putin hat am Dienstag mit seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan im Zusammenhang mit der Operation im syrischen Afrin telefoniert.

„Die Staatschefs tauschten ihre Meinungen bezüglich der Lage in Syrien aus, unter anderem was Afrin angeht, in Bezug auf die militärische Operation der türkischen Streitkräfte dort“, teilte die Pressestelle des Kremls mit.

Dabei hätten beide Seiten betont, es sei wichtig, die aktive Zusammenarbeit zur Regelung der syrischen Krise fortzusetzen. Diese soll sich auf die Prinzipien der Erhaltung der territorialen Integrität und Souveränität Damaskus‘ stützen.

Wie eine Quelle in der Administration Erdogans mitteilte, ist die Operation in Afrin auf die nationale Sicherheit der Türkei und die Befreiung Afrins von terroristischen Organisationen gerichtet. Dies soll Erdogan im Telefongespräch mit Putin erläutert haben.

Außerdem habe der türkische Präsident betont, er schätze die gemeinsame Arbeit und Koordination mit Moskau in Bezug auf die Lage in Syrien. Beide Staatschefs hätten bestätigt, ihre Bemühungen für die Durchführung des sogenannten Kongresses des syrischen nationalen Dialogs im südrussischen Sotschi fortzusetzen, damit diese Veranstaltung erfolgreich verlaufe und den Weg zur politischen Regelung im Land anbahne.

[Ukrinform.ua: UNICEF Ukraine gewährt humanitäre Hilfe im Wert von 4,5 Mio. Euro für Region Luhansk](#)

[Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, UNICEF, in der Ukraine stellt humanitäre Hilfe im Wert von 4,5 Millionen Euro für den Oblast Luhansk bereit.](#)

[Wie die Pressestelle der Gebietsverwaltung Luhansk mitteilt, traf sich am Montag die](#)

Delegation des Kinderhilfswerkes in der Ukraine mit dem stellvertretenden Leiter der Gebietsverwaltung, Wadym Danieljan. Der Leiter des UNICEF-Programms für Trinkwasser, sanitäre Anlagen und Hygiene Sebastian Truffaut habe berichtet, dass UNICEF mit Unterstützung der deutschen Regierung die Hilfe für Wasserwerke in der Region erhöhen wolle. Der Oblast würde auch humanitäre Hilfe im Wert von 4,5 Millionen Euro erhalten.

Rusvesna.su: PACE fordert Russland auf, auf die Unterstützung des Donbass aufzugeben und die Menschenrechte auf der Krim zu respektieren

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat am Dienstag, dem 23. Januar, eine Resolution zu den „§humanitären Folgen des Krieges in der Ukraine“ verabschiedet, in der unter anderem gefordert wird, dass Russland „die finanzielle und militärische Unterstützung der Donezker und Lugansker Volksrepublik einstellt“.

PACE fordert von Russland, dass die Pässe, die in der DVR und LVR ausgestellt wurden, nicht länger anerkannt werden. Autor des Dokuments ist der litauische Abgeordnete Igidius Vareikis...

In dem Abschnitt, der Aufrufe an die russische Regierung enthält, wird durch PACE nachdrücklich die „Einstellung der finanziellen und militärischen Unterstützung der illegalen bewaffneten Formationen in den Oblasten Donezk und Lugansk“ gefordert sowie die Nichtanerkennung von Pässen und anderen Dokumenten, die auf durch Kiew nicht kontrolliertem Territorium ausgestellt wurden, einschließlich Gerichtsentscheiden und Dokumenten, die Eigentumsrechte betreffen.

Außerdem erklärte PACE die Notwendigkeit der Achtung der Menschenrechte und der Sicherheit der Krimbewohner und tritt für die Aufhebung des Verbots der „Medschlis der Krimtataren“ ein.

In der angenommenen Resolution wird auch die Freilassung aller gefangenen Personen unter Respektierung ihrer Rechte und Freiheiten gefordert.

PACE sprach sich auch dafür aus, den „ungehinderten Zugang für internationale Organisationen, internationale Überwachungsorgane und Nichtregierungsorganisationen zum Schutz von Menschenrechten zu gewährleisten“. Die Versammlung fordert auch die Umsetzung aller Anträge aus den zuvor angenommenen Resolutionen 2132 (2016) und 2133 (2016).

ukrinform.ua: Poroschenko berichtet dem Nato-Generalsekretär über Situation im Donbass
Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, hat dem Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg beim gestrigen Telefongespräch über die Situation im Donbass berichtet und für die Unterstützung bei der Abwehr der russischen Aggression gedankt, ließ die Pressestelle des ukrainischen Staatschefs mitteilen.

„Der Präsident dankte der Nato für die konsequente, politische Unterstützung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine und die wichtige praktische Hilfe im Kampf gegen die russische Aggression. Das Staatsoberhaupt berichtete dem Generalsekretär über die Situation im Donbass und die Verletzung der Waffenruhe seitens der russischen Besatzer“, heißt es im Bericht.

Zur gleichen Zeit bestätigte Poroschenko, die Ukraine setze weiter den Kurs der euro-atlantischen Integration um und reformiere aktiv den Sicherheits- und Verteidigungssektor gemäß Nato-Standards. In diesem Zusammenhang wurde die jüngste Billigung des Gesetzentwurfs über die nationale Sicherheit durch den Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine verzeichnet.

Während des Gesprächs wurden auch die aktuellen Themen der weiteren Zusammenarbeit im Rahmen der Nato-Ukraine-Kommission erörtert.

Am 17. Januar hatte der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine den Gesetzentwurf „Über die nationale Sicherheit der Ukraine“ verabschiedet, der die

Bestimmungen über die Einführung der zivilen Kontrolle über den Sicherheits- und Verteidigungssektor enthält.

Vormittags:

dnr-news.com: Poroschenko und Volker erörtern den Einsatz einer UN-Mission im Donbass
Der Präsident der Ukraine Petr Poroschenko traf sich mit dem Sonderbeauftragten der USA Kurt Volker und erörterte mit ihm die Situation im Donbass: den Einsatz von Friedenstruppen, die Gefangenenerfreierung und das Gesetz zur Reintegration. Dies berichtet am Mittwoch die Webseite des ukrainischen Präsidenten.

„Der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko führte ein Treffen mit dem Sondergesandten des Präsidenten der USA Kurt Volker durch. Es wurden ernsthafte Bedenken hinsichtlich der mangelnden Fortschritte bei der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen durch Russland geäußert“, heißt es in der Erklärung.

Laut des Berichts stellten beide Seiten fest, dass „Moskau endlich den Willen für eine friedliche Lösung demonstrieren und dem Einsatz von UN-Friedenstruppen im okkupierten Donbass, einschließlich des nicht kontrollierten Abschnitts der russisch-ukrainischen Staatsgrenze, zustimmen muss“.

Poroschenko und Volker diskutierten auch das Gesetz zur Reintegration des Donbass als Element „der Gesamtstrategie zur Wiederherstellung der Souveränität und territorialen Einheit der Ukraine“.

Sie hoben auch die Wichtigkeit hervor, den Prozess des Gefangenenaustauschs abzuschließen.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-01/thumbs/1516764651_6e44b345c365a8532d4c836d6448e38f_1516730239_extra_large.jpg

ukrinform.ua: Wegen schlechten Wetters sagt Volker seinen Besuch im Donbass ab
Der US-Sonderbeauftragte für die Ukraine, Kurt Volker, fährt nicht in die Donbass-Region wegen der Wetterverschlechterung, teilte die US-Botschaft in Kiew mit, berichtete der Informationsdienst voanews.com.

„Wahrscheinlich wird so ein Besuch nicht stattfinden, er wird sich in Kiew aufhalten... ungünstige Wetterbedingungen“, stellte man in der Botschaft fest.

Die Reise in den Donbass war für den 24. Januar geplant.

Am Abend des 23. Januar hatte er das Treffen mit dem Präsidenten der Ukraine, Petro Poroschenko.

Zur Erinnerung: am 26. Januar soll sich der Sonderbeauftragte der Vereinigten Staaten für die Ukraine, Kurt Volker, mit dem Berater des russischen Präsidenten Wladislaw Surkow treffen.

Dnr-online.ru: In der DVR wurden bis zum 24. Januar 24 Fälle von Masern in folgenden Städten registriert: Donezk (18 Fälle), Gorlowka (3 Fälle), Makejewka (2 Fälle), Jenakiewo (1 Fall). Hauptsächlich erkrankten Erwachsene, unter den Erkrankten sind 18 Erwachsene. Unter den Erkrankten sind 16 Personen mit unbekanntem Impfstatus, 4 sind nicht geimpft, eindeutig geimpft ist eine Person. Dies teilt der Pressedienst des Gesundheitsministeriums mit.

„Derzeit gibt es in der DVR genügend Impfstoff für die Immunisierung sowohl von Kindern als von Erwachsenen, die noch ihren Impfzyklus abschließen müssen.

Masern sind eine äußerst ansteckende schwere Viruskrankheit. Nach Schätzungen ab es 1980, vor der weiten Verbreitung der Impfungen, 2,6 Mio. Todesfälle aufgrund von Masern.

Unter Bevölkerungsgruppen mit stark unzureichender Ernährung und beim Fehlen zuverlässiger medizinischer Versorgung enden bis zu 10% der Masernfälle tödlich. Ein Risiko zur Entwicklung schwerer Komplikationen haben auch schwangere Frauen, die Schwangerschaft kann mit einer Tot- oder Frühgeburt enden. Menschen, die eine Masernerkrankung mitgemacht haben, haben eine lebenslange Immunität“, teilte das Ministerium mit.

„Das Gesundheitsministerium hat einen Impfplan für Masernimpfungen ausgearbeitet, gemäß dem Kinder mit 12 Monaten und 6 Jahren eine Masernimpfung erhalten müssen, um eine zuverlässige und langanhaltende Immunität zu bekommen“, erklärte die leitende Epidemiologin des Ministeriums Olga Demkowitsch.

Die Impfungen erfolgten in den Zentren für medizinische Basisversorgung am Wohnort kostenlos.

Das Gesundheitsministerium erklärt offiziell, dass es in der DVR keine Masernepidemie gibt. Alle registrierten Erkrankungsfälle in der DVR sind Einzelfälle, die mit aus den benachbarten Territorien eingeschleppten Infektionen zusammenhängen und kontrollierbar sind.

de.sputniknews.com: „Durch Russland manipulierte Menschenmenge?“, Zeman kontert seinem Rivalen

Die Behauptungen über eine vermeintliche Einmischung der russischen Geheimdienste in die Präsidentschaftswahlen in Tschechien sind eine Lüge. Das erklärte der Präsident des Landes, Miloš Zeman, bei den TV-Debatten mit seinem Herausforderer in der zweiten Wahlrunde, Jiří Drahoš.

Drahoš behauptete, Russlands Geheimdienste sollen sich angeblich in die Parlamentswahlen in Tschechien im Oktober 2017 eingemischt haben. Russland soll auch versucht haben, so der Kandidat weiter, ebenfalls auf die Präsidentschaftswahlen im Land Einfluss zu nehmen. Dabei lieferte Drahoš allerdings keine Beweise.

„Sie haben die Wähler beleidigt und eine durch ausländische Geheimdienste manipulierte Menschenmenge aus ihnen gemacht“, betonte Zeman. Derartige Erklärungen von seinem Rivalen würden die Öffentlichkeit nur verwirren, so der tschechische Präsident weiter.

Sowohl der Sicherheits- als auch der Informationsdienst Tschechiens bestätigten Zeman zufolge, dass jene Behauptungen über die Einmischung in die Präsidentschaftswahlen im Land falsch seien. „Wenn sich Russlands Geheimdienste eingemischt hätten, so hätten sie wahrscheinlich empfohlen, für Kommunisten zu stimmen. Diese sind aber durchgefallen“, so der Präsident.

Am 12. und 13. Januar fand in Tschechien die erste Runde der Präsidentschaftswahl statt, die Miloš Zeman mit 38,57 Prozent der Stimmen gewann. Auf Platz zwei kam Jiří Drahoš mit 26,6 Prozent. Dabei haben vier der sieben in der ersten Wahlrunde gescheiterten Kandidaten Drahoš ihre Unterstützung in der zweiten Runde zugesagt. Die Stichwahl soll Ende Januar stattfinden.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31920/47/319204782.jpg>

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **einmal die** Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Mit 82mm-Mörsern und Antipanzergrenatwerfern wurde das Gebiet von **Logwinowo** beschossen.

de.sputniknews.com: Finnlands Außenminister zu „Angst vor Russland“

Der finnische Außenminister Timo Soini hat gegenüber der Zeitung „El Pais“ erklärt, dass er keine Angst vor Russland habe.

„Wir haben keine Angst (vor Russland). Sie wissen und respektieren dies“, so Finnlands Außenminister.

Zudem zeigte er sich überzeugt davon, dass die Präsidentschaftswahlen in Russland am 18. März keinen Einfluss auf die Politik von Helsinki haben würden.

„Das, was in Russland passiert, ist wichtig, wird aber nicht unsere Politik bestimmen“, betonte der Politiker.

Außerdem sagte Soini gegenüber dem Blatt, dass er keine Notwendigkeit in einer europäischen Armee sehe, weil er darin eine Alternative zur Nato sehe, mit der er sich eine weitere Zusammenarbeit wünsche und deren „offene Türen“ er für Finnland haben wolle.

„Jene, die einen Nato-Beitritt unterstützen, machen dies aus Angst vor Russland, und jene, die nicht beitreten wollen, meinen, dass die Beziehungen zu Russland sowieso gut seien“, erläuterte er.

Im September hatte Russlands Premier Dmitri Medwedew gesagt, dass die Beziehungen

zwischen Russland und Finnland trotz Schwierigkeiten im aktuellen politischen Leben fest und gut seien

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden wurde **eine Verletzung** des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde das Gebiet von **Dokutschajewsk** beschossen. Der Gegner hat Mörser und Schützenpanzerwaffen verwendet.

de.sputniknews.com: Britischer Historiker empört über Bann seines Stalingrad-Buches in der Ukraine

Der britische Militärhistoriker Sir Antony Beevor hat das Verbot seines Bestsellers „Stalingrad“ in der Ukraine als „absurd“ kritisiert. Dies berichtet die Zeitschrift „The Bookseller“.

Die ukrainischen Behörden haben dieses Buch und mehr als 20 weitere Werke als „antiukrainisch“ bezeichnet. Für Kiew Empörung sorgten einige Passagen in Beevors Buch, wo es um ukrainische Nationalisten geht, die auf Befehl der SS massenhaft Kinder erschossen hatten, hieß es.

Laut Sergej Olejnik, dem Chef der ukrainischen Behörde für die Kontrolle der Rundfunk-Lizensierung, basieren die Angaben in Beevors Werk auf unglaublichen sowjetischen Quellen. Doch nach Worten des Autors stütze er sich auf „absolut glaubwürdige deutsche und nicht-sowjetische Quellen“. Unter anderem habe er das Buch des deutschen Offiziers und Nazigegners Helmut Groscurth genutzt, der sich auf Augenzeugenangaben beruft.

Der britische Historiker verurteilt die Haltung der ukrainischen Behörden als „absolut irrational“. „Olejnik hat ein mächtiges Selbsttor erzielt. Viele Einwohner der Ukraine sind ebenfalls empört, dass sie anfangen, Bücher zu verbieten“, sagte Beevor gegenüber „Bookseller“.

Das einzige Mittel, darauf zu reagieren, sei ein eindeutiger offener Protest. „Kein Staat darf sich in den Prozess des historischen Schreibens einmischen. Ich fürchte aber, dass wir immer öfter auf die Revidierung der Geschichte stoßen, und das nicht nur in Diktaturen.“

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 1. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse - Anm. d. Übers.). Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 40. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 96.

Wir erinnern daran, dass ab 1:00 (Moskauer Zeit) am 23. Dezember, gemäß einer Vereinbarung der Kontaktgruppe über die Wiederaufnahme ihrer Verpflichtungen durch die Seiten im Vorfeld der Winterfeiertage ein Waffenstillstand in Kraft getreten ist.

de.sputniknews.com: Putin verbietet Soldaten, der „Russischen Föderation zu dienen“

Der russische Präsident Wladimir Putin hat per Dekret die Dienstvorschriften der russischen Streitkräfte verändert. Eine der Änderungen betrifft die Form, wie Soldaten ihrem Kommandeur zu antworten haben.

Von nun an muss demnach ein Soldat, dem sein Kommandeur zu etwas gratuliert oder ihm für etwas dankt, mit „Ich diene Russland“ antworten. Früher lautete die Antwort „Ich diene der Russischen Föderation“. Diese Form war im Jahr 2008 angenommen worden. Davor hatte es

„Ich diene dem Vaterland“ geheißen.

Laut dem ersten Artikel der russischen Verfassung sind die Begriffe „Russische Föderation“ und „Russland“ gleichwertig.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31921/18/319211895.jpg>

Lug-info.com: Spezialisten des staatlichen Unternehmens „Luganskwoda“ haben die zentrale Wasserversorgung der Ortschaft Jushnaja Lomowatka (Bezirk Brjanka), die schon 2014 unterbrochen wurde, wieder in Betrieb genommen und auch die Wasserversorgung von Annenka und Sabowka verbessert.

„Zur Wiederinbetriebnahme der zentralisierten Wasserversorgung einer Reihe von Ortschaften bei Brjanka wurde von Luganskwoda im Gebiet von Almasnaja eine neue Pumpstation eingerichtet“, teilte der Pressedienst von Luganskwoda mit. „Unter anderem wurde die Pumpausrüstung montiert, eine Sperrarmatur, ein Rückflusskanal, ein Transformator installiert und der Stromabschluss eingerichtet“.

Außerdem wurde dieses Gebiet an die zentrale Wasserleitung angeschlossen.

Durch diese Arbeiten konnte die zentrale Wasserversorgung von Jushnaja Lomowatka wieder in Betrieb genommen werden und die Wasserversorgung in Annenka, Sabowka, deutlich verbessert werden.

Derzeit wird die Wasserlieferung nach Jushnaja Lomowatka noch optimiert.

„Leider gibt es Schwierigkeiten in dieser Frage: der Abschnitt der zuliefernden Wasserleitung mit einem Durchmesser von 500mm und das Verteilungsnetz befindet sich in einem äußerst abgenutzten Zustand, deshalb gibt es häufig Rohrbrüche“, fügte der Pressedienst hinzu. Luganskwoda erinnerte daran, dass nach den Kriegseignissen 2014 und der Abschaltung der Wasserversorgung von Seiten der Ukraine es in Jushnaja Lomowatka aus technischen Gründen keine zentrale Wasserversorgung gab.

nachmittags:

[ukrinform.ua](#): Kanada: Opposition ruft zu mehr Unterstützung für die Ukraine auf
Kanada muss sich am sogenannten Marshall-Plan für die Ukraine beteiligen.

Wie ein Korrespondent von Ukrinform berichtet, sagte der Schatten-Außenminister Erin O'Toole: „Unsere Partner haben einen ukrainischen Investitionsplan vorgeschlagen, der helfen kann, die sowjetische Infrastruktur zu modernisieren und die bürokratische Korruption zu bekämpfen. Wir rufen Premierminister Trudeau auf, wahre Führung auf der Weltbühne zu zeigen, und der Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten für die Unterstützung von diesen wichtigen Investitionen in der Ukraine zuzustimmen.“ „Die Regierung Trudeaus muss sofortige Maßnahmen ergreifen, um der Ukraine die notwendige diplomatische, wirtschaftliche und militärische Hilfe für den Schutz ihrer Souveränität von der russischen Aggression zu leisten“, betonte O'Toole.

Eine Regierungsdelegation Litauens warb bei Ende 2017 bei ihrem Besuch in Ottawa für die Beteiligung Kanadas am Investitionsplan für die Ukraine in Höhe von rund 7,47 Milliarden Dollar jährlich im Laufe von zehn Jahren.

Dnr-online.ru: In Donezk fand eine Sitzung eines Runden Tisches „Herausbildung eines positiven Bildes des Dorfes als Mittel, junge Spezialisten für dörfliche Ortschaften zu gewinnen“ statt. Organisator war die gesellschaftliche Bewegung Donezkaja Respublika. Ziel war die Erörterung von Fragen der Unterstützung junger Spezialisten in Dörfern sowie Mittel, um die Jugend für die Arbeit in Dörfern zu gewinnen.

„Dieses Thema ist sehr aktuell. Natürlich ist es kein nur heute aktuelles Problem, es existiert schon recht lange. Aber jetzt, im Entstehungsprozess unserer jungen Staats, haben wir die Möglichkeit unsere Konzeption zur Unterstützung der dörflichen Jugend zu erarbeiten und dabei nicht zu vergessen, dass unsere Region nicht nur eine Industrie- sondern auch eine Landwirtschaftsregion ist“, sagte die Leiterin des zentralen Exekutivkomitees von Donezkaja Respublika Natalja Wolkowa in ihrem Beitrag.

An der Diskussion waren auch der Leiter der Parlamentsfraktion von DR im Volkssowjet Alexandr Kostenko, der Landwirtschaftsminister Wladimir Antonow, die Bildungs- und Wissenschaftsministerin Larissa Poljakowa, der Kulturminister Michail Sheltjakow, der Informationsminister Igor Antipow, die Arbeits- und Sozialministerin Larissa Tolstykina, der Minister für Jugend, Sport und Tourismus Alexandr Gromakow, der Vorsitzende der Jugendorganisation „Molodaja Respublika“ Nikita Kiosew, Vertreter von Dorfverwaltung und der initiativen Jugend anwesend.

Themen waren unter anderem die Zusammenarbeit der Abgeordneten mit den Organen der dörflichen Selbstverwaltung in Fragen der Jugend, die Ausbildung junger Spezialisten für den Landwirtschaftsbereich, die Einführung von Neuerung im landwirtschaftlichen Komplex der Republik, die Unterstützung kultureller Traditionen der Dörfer, die Rolle der Informationspolitik bei der Bildung eines positiven Bildes des Dorfes und vieles andere.

de.sputniknews.com: Kreml zu Olympia-Ausschluss russischer Sportler: Keine Rede von „Boykott“

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hat aufgerufen, das Wort „Boykott“ in Bezug auf die mögliche Nichtbeteiligung von einigen sauberen russischen Sportlern an den Olympischen Winterspielen in Pyeongchang zu vermeiden. Russland solle indes den Dialog mit dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) fortsetzen.

„Wissen Sie, es ist wichtig, derzeit solche Wörter wie Boykott zu vermeiden“, sagte Peskow am Mittwoch gegenüber Journalisten. „Es sind zwei Faktoren zu berücksichtigen. Erstens gibt es sehr viele Fragen, die erörtert, aufgebauscht werden. Es bleibt aber unklar, unter Berufung auf wen und ob dies eine offizielle Information ist oder nicht.“

Zweitens kämen zudem stets neue Sachen dazu, wie beispielsweise das angebliche Verbot der Nutzung von russischen Flaggen für die Fans. „Es ist jetzt wichtig, in den Kontakten auf der Expertenebene herauszufinden, wie gesichert diese Information ist, warum und von wem sie

kam“, so Peskow. Es sei notwendig, nüchtern vorzugehen, vor allem im Interesse der russischen Athleten, die selbst die Entscheidung getroffen haben, an den kommenden Olympischen Spielen teilzunehmen. Der Kreml-Sprecher verwies zudem darauf, dass in der veröffentlichten Entscheidung des IOC kein Wort über ein Verbot russischer Flaggen für die Fans zu finden sei.

Jedenfalls sei es notwendig, den Kontakt zum IOC fortzusetzen. „Die Situation ist keineswegs einfach, sondern eher schwierig, was allerdings nicht bedeutet, dass man den Dialog beenden soll“, so Peskow. „Wir müssen mit dem IOC weiter reden und eigene Rechte möglichst durchsetzen.“

Zuvor hatten mehrere Medien unter Berufung auf die Seite des Organisationskomitees der Olympischen Spiele berichtet, dass das Internationale Olympische Komitee (IOC) es verbiete, die Flaggen der Länder, die an den Olympischen Spielen nicht teilnehmen, auf die Tribünen mitzunehmen. Daraus wurde die Schlussfolgerung gezogen, dass russische Flaggen in Pyeongchang ebenfalls unter das Verbot fielen, da die russische Nationalmannschaft ja bekanntlich von den Winterspielen 2018 in Südkorea ausgeschlossen worden war. Saubere russische Athleten werden bei den kommenden Spielen den Status „Olympische Sportler aus Russland“ haben und unter neutraler Flagge antreten.

dnrsovet.su: Die Ukraine hat Ende 2017 mit absolut unannehmbaren Maßnahmen die Vertreter Russlands praktisch aus dem Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung heraus gedrängt, womit praktisch die Arbeit des einzigen Organs, wo noch eine Zusammenarbeit der Seiten unter vermittelnden Anstrengungen der russischen Offiziere stattfand, eingestellt wurde.

Das Auslaufen des Mandats der Tätigkeit der OSZE-Mission im Donbass, auf die durch die Minsker Vereinbarungen das Monitoring und die Verifizierung der Realisierung der Vereinbarungen übertragen wurden, ist ein weiteres ungünstiges Moment.

Beim Fehlen der Mission werden die Hebel zur Einwirkung auf die ukrainische Seite im Bereich der Realisierung der Friedensvereinbarungen nivelliert werden. Wir meinen, dass die Gültigkeit des Mandats der OSZE-Mission im Donbass verlängert werden soll.

Denis Puschilin, Vorsitzender des Volkssowjets der DVR, ständiger bevollmächtigter Vertreter der DVR bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe in Minsk

de.sputniknews.com: IOC: Sperrung von russischen Top-Sportlern bedeutet keine Überführung des Dopings

Die Nichtzulassung von vier russischen Wintersport-Stars zu den Olympischen Spielen in Pyeongchang bedeutet laut der Vorsitzenden des Review Panels des IOC, Valérie Fourneyron, nicht automatisch, dass diese Sportler gedopt seien.

„Bei der Erstellung der Liste ging es darum, dass es bezüglich der aufgeführten Sportler nicht die geringsten Zweifel an ihrer Sauberkeit gibt“, sagte Fourneyron in einem IOC-Statement. Eine Nichtberücksichtigung würde jedoch nicht automatisch bedeuten, dass ein Sportler gedopt sei.

Am Dienstag war bekannt geworden, dass Biathlet Anton Schipulin, Langläufer Sergej Ustjugow, die Eiskunstläufer Xenia Stolbowa und Iwan Bukin sowie Shorttracker Wiktor Ahn nach einer Entscheidung des „Invitation Review Panel“ des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) nicht für die Winterspiele zugelassen werden.

Der Vizepräsident des Russischen Olympia-Komitees (ROC) Stanislaw Posdnjakow protestierte gegen diese Entscheidung. Die genannten Sportler seien „niemals in irgendeinem Dopingkandal verwickelt“ gewesen und hätten „in ihrer Karriere durch zahlreiche Dopingtests bewiesen, dass sie saubere Athleten“ seien.

Auch einige russische Eishockey-Stars, darunter Sergej Plotnikow, Anton Below und Waleri

Nitschischkin werden die kommenden Olympischen Spiele aufgrund der jüngsten IOC-Entscheidung verpassen. Russische Fans, Sportler und Journalisten reagieren empört. Man verstehe nicht mehr, was passiert, schreibt der Kolumnist der Seite Sport-express.ru, Alexej Schewtschenko.

„Die Entscheidungen des IOC haben weder Hand noch Fuß. Besonders im Eishockey“, ruft Schewtschenko. „Keine Dopingvorwürfe? Einfach nicht eingeladen. Ist das normal? Wenn kein Dopingverdacht besteht, woran liegt es?“, fragt sich der empörte Journalist.

Im Dezember 2017 hatte das IOC Dopingmissbrauch in Russland als erwiesen eingestuft und die russische Nationalmannschaft von den Winterspielen 2018 in Südkorea ausgeschlossen. Saubere russische Sportler dürfen zwar in Pyeongchang starten, doch nur unter neutraler Flagge und dem Sonderstatus „Olympische Athleten aus Russland“.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Gestern am Abend, als die Menschen von der Arbeit nach Hause gingen, haben die ukrainischen Truppen nach dem gleichen Szenario wie am 22. Januar, als fünf friedliche Einwohner verletzt wurden, einen Beschuss mit Mörsern und Schützenpanzerwagen auf Dokutschajewsk durchgeführt, auf das fünf 82mm-Mörsergeschosse abgeschossen und 35 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben wurden. Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Trotz des genannten Falls bemerken wir eine Verringerung der Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte und bringen das mit der Anwesenheit des stellvertretenden Leiters der OSZE-Mission in der Ukraine A. Hug im Gebiet der Abgrenzungslinie in Verbindung. In diesem Zusammenhang hat das Kommando der ATO ein Verbot zur Eröffnung des Feuers für alle Arten von Waffen ausgegeben. Nach der Abreise A. Hugs ist eine neue Aktivierung der zielgerichteten und provokativen Beschüsse unserer Positionen und von Ortschaften der Republik zu erwarten.

Außerdem wurde nach unseren Informationen bei einem Treffen des Leiters des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte Wiktor Mushenko mit dem besonderen Vertreter des US-Außenministeriums zu Fragen der Ukraine Kurt Volker nicht nur die derzeitige Lage der Dinge im Donbass erörtert, sondern auch der Erhalt amerikanischer tödlicher Waffen und die Perspektiven des Übergangs des Konflikts in die heiße Phase.

Außerdem gibt es Informationen über die Durchführung inoffizieller Kontrollen in medizinischen Einrichtungen von Mariupol und anderer in der Nähe liegender Städte, um die Möglichkeiten der Aufnahme einer erheblichen Zahl von Verletzten einzuschätzen. Dabei haben die genannten Maßnahmen bereits eine Reihe von Defiziten bei Medikamenten und medizinischem Personal aufgedeckt.

Daraus kann der Schluss gezogen werden, dass Kiew eine weitere Runde der Eskalation des Konflikts im Donbass vorbereitet, um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von den inneren Problemen im Land abzulenken und um sich im Falle eines Scheiterns dieser Pläne vor den Augen der westlichen Herren in der Rolle des Opfers darzustellen.

Wir verstärken weiter die Verteidigung und sind bereit, den Gegner abzuwehren. Im Fall eines Angriffsversuchs werden die ukrainischen Streitkräfte im Blut versinken und die Familien der ukrainischen Soldaten haben Ströme von Särgen mit ihren Männern und Söhnen zu erwarten.

Wie ich bereits gesagt habe, hat am 19. Januar um 23:30 eine Diversions- und Erkundungsgruppe der ukrainischen Streitkräfte unter Deckung von Mörserfeuer einen Ausfallversuch in das Gebiet unserer Positionen in der Nähe von Sachanka in Richtung Mariupol unternommen. In der Folge des Gefechts starb ein Soldat der Streitkräfte der DVR heldenhaft und einer, Alexandr Alexandrowitsch Starzew, wurde mit schweren Verletzungen, in bewusstlosem Zustand gefangen genommen und auf das Territorium des Gegners gebracht. Derzeit führen ukrainische Massenmedien mit dem Ziel der Diskreditierung der Streitkräfte

der DVR eine Informationskampagne durch, dass angeblich eine Diversions- und Erkundungsgruppe unserer Seite in Verletzung der Minsker Vereinbarungen auf die ukrainischen Positionen vorgedrungen ist und wir im Verlauf eines Gefechts Verluste erlitten hätten.

Ich will das folgende erläutern. Ukrainische Diversions- und Erkundungsgruppen versuchen regelmäßig, schwache Stellen in unserer Verteidigung zu sondieren. Allerdings erfolglos und mit Verlusten unter ihrem Personal. Und um gegenüber der Öffentlichkeit und möglicherweise auch gegenüber dem übergeordneten Kommando die gescheiterten Ausfälle der Diversions- und Erkundungsgruppen und die erlittenen Verluste zu rechtfertigen, verwenden die ukrainischen Truppen aktiv die kontrollierten Massenmedien, die unsere mythischen Diversions- und Erkundungsgruppen und auch die von uns verwendeten, von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen eindrucksvoll beschreiben.

So verwendet der Gegner aktiv das Schema der Verletzung der Minsker Vereinbarungen von der aktiven Nutzung der ukrainischen Massenmedien bis hin zur Demonstration einer aufgezwungenen Erteilung von Befehlen oder Anweisungen zur Verwendung verbotener Waffen, in diesem Fall von Mörsern.

Dieses Schema, das bereits in ein reibungsloses System einer „legalen“ Art und Weise der Verletzung der Minsker Vereinbarungen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte überführt worden ist, dient zur Herausbildung einer negativen gesellschaftlichen Einstellung in Bezug auf die Volksrepubliken und zur Rechtfertigung der Verbrechen im Donbass.

Zur Zeit befindet sich der gefangene Soldat im Lazarett des Untersuchungsgefängnisses des Sicherheitsdienstes der Ukraine in Mariupol, wo er medizinisch behandelt wird, damit er möglichst bald gesundet und verhört werden kann. Wenn man die Arbeitsmethoden der Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine und die Mittel zum Erlangen von Aussagen kennt, ist es nicht ausgeschlossen, dass auf ihn physisch und psychisch eingewirkt wird, um offenkundig falsche Aussagen über die Aktivitäten und den Dienst in den Streitkräften der DVR zu erhalten, um diese Fakes in der Folge in den Massenmedien der Ukraine zu verbreiten.

Meinerseits will ich mich an Alexandr wenden und sagen, dass die Streitkräfte der DVR die Ihrigen nicht im Stich lassen und wir alle Anstrengungen dafür einsetzen werden, damit Du bald wieder nach Hause, zu Deiner Familie zurückkehrst. Ein Soldat hat seine militärische Pflicht erfüllt, mutig und standhaft die Verteidigungspositionen verteidigt und wurde schwer verletzt, wir hoffen auf seine Gesundung.

de.sputniknews.com: Krim tritt ins EU-Parlament ein

Der Chef der Republik Krim, Sergej Aksjonow, hat erstmals das Wirtschaftspotential der Halbinsel auf einer Konferenz in Brüssel präsentiert, schreibt die Zeitung „Iswestija“ am Mittwoch.

Im EU-Parlament wurden erstmals das Wirtschaftspotential der Krim und die Investitionsmöglichkeiten des Internationalen Wirtschaftsforums Jalta vorgestellt. Die Reden von Republikchef Sergej Aksjonow und dem Ko-Vorsitzenden des Organisationskomitees des IV. Internationalen Wirtschaftsforums Jalta, Andrej Nasarow, erfolgten auf einer Plattform des EU-Parlaments bei der Konferenz „Die Europäische Union und Russlands Regionen“, an der EU-Abgeordnete und Vertreter der Nationalparlamente der EU-Länder sowie russische und ausländische Experten teilnahmen.

Die Konferenz „Die Europäische Union und Russlands Regionen“ fand am Dienstag in Brüssel statt und war der Wirkungslosigkeit der Sanktionen der EU gewidmet. Bei der Veranstaltung wurde die Videobotschaft von Krim-Chef Sergej Aksjonow übertragen, der die Sitzung wegen der EU-Sanktionen nicht persönlich besuchen konnte. Er berichtete ausführlich über das Potential der Halbinsel und lud alle Anwesenden in die Region ein. Nach der Sitzung sagte er, dass das Treffen ein weiterer Schritt zur internationalen Anerkennung der

Krim als unabdingbarer Teil Russlands und zur Beendigung der unfreundschaftlichen Politik gegenüber Russland sei.

„Ich hoffe, dass europäische Politiker die Halbinsel öfter besuchen werden, um sich mit eigenen Augen zu vergewissern, dass es keine Annexion und Besatzung der Krim gibt. Wir haben nichts zu verheimlichen. Europäische Parlamentarier, Persönlichkeiten der Öffentlichkeit, Vertreter der Zivilgesellschaft können auf die Halbinsel kommen und nicht nur mit dortigen Politikern, sondern auch mit Vertretern von Gesellschaftsorganisationen, religiösen Gemeinden und einfachen Krim-Bewohnern kommunizieren“, sagte Aksjonow. Bei der Veranstaltung wurde außerdem das Internationale Wirtschaftsforum Jalta von seinem Ko-Vorsitzenden Andrej Nasarow präsentiert. „Das Internationale Wirtschaftsforum Jalta ist eine perfekte Plattform zur Erörterung aktueller internationaler Fragen und zur Aufnahme eines konstruktiven Dialogs zwischen einzelnen Ländern. Das Forum versammelt in diesem Jahr Vertreter von mehr als 60 Ländern der Welt. Die Festigung der Geschäfts- und Handelsverbindungen zwischen Unternehmern aus den EU-Ländern und Russland könnte ein Antrieb für die Aufhebung der antirussischen Sanktionen sein“, sagte Nasarow.

An der Konferenz nahmen mehr als 50 Menschen teil, darunter der tschechische EU-Abgeordnete Jaromir Kohlicek, seine Kollegen aus Holland, Andre Elissen, und Lettland, Tatjana Ždanoka, Parlamentarier aus Belgien, Italien u.a.

„Viele Einwohner der EU sind für die Aufhebung der Sanktionen und die Schaffung eines einheitlichen Europa – von Lissabon bis Wladiwostok. Die Konferenz hat gezeigt, dass ein Teil der europäischen Politiker trotz Drucks von oben keine Angst hat, ihre Meinung zu äußern und für die Normalisierung der Beziehungen zu Moskau zu kämpfen“, sagte Kohlicek. Der Vorsitzende des Regionalrats Venetiens, Roberto Ciambetti, erklärte, dass die antirussischen Sanktionen unbegründet seien und europäischen Unternehmern ernsthafte Probleme bereiten. „Ich will, dass Brüssel und Rom Russland als nahen Partner und nicht Feind betrachten. Die Sanktionen müssen unverzüglich aufgehoben werden, die heutige Veranstaltung wird dabei helfen, die Situation mit anderen Augen zu betrachten, und sich positiv auf die Annäherung Russlands und der EU auswirken“, sagte der italienische Politiker.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31921/21/319212130.jpg>

Lug-info.com: Ukrainische Massenmedien verbreiten Falschinformationen über angebliche Mobilisierungsmaßnahmen in der LVR, um Panik unter den Einwohnern der Republik zu säen. Dies erklärte die Administration des Oberhauptes der LVR.

Eine Reihe ukrainischer Massenmedien hatten mitgeteilt, dass das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik in Erwiderung auf die Annahme des sogenannten Gesetzes „Über die Reintegration des Donbass“ angeblich einen „Erlass“ „Über die Ergreifung außerordentlicher Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage an der Abgrenzungslinie“ herausgegeben hat, der die Durchführung einer Mobilisierung auf dem Territorium der Republik vorsieht.

„Derzeit werden in den elektronischen Massenmedien und den sozialen Netz Informationen mit Bezug auf einen Erlass des Oberhauptes der LVR über zusätzliche Mobilisierungsmaßnahmen auf dem Territorium der Republik verbreitet“, heißt es in der Mitteilung.

„Wir lenken die Aufmerksamkeit darauf, dass diese Information falsch ist und von Provokateuren verbreitet wird, um Panik unter den Einwohnern zu säen und das Vertrauen in die LVR zu untergraben“, unterstrich die Administration. „Wir bitten Sie nur solche Mitteilungen und Erlasse zu Kenntnis zu nehmen, die auf offiziellen Seiten des Oberhauptes der LVR, des Volkssowjets der LVR, des Ministerrats der LVR sowie auf den Seiten der ausführenden Staatsorgane, des Lugansker Informationszentrums veröffentlicht werden. Alle Links auf den gefälschten Erlass sind ungesetzlich“.

de.sputniknews.com: Soros räumt Niederlage im Kampf gegen Russland ein
George Soros ist wohl einer der seltenen hochrangigen „Russophoben“, die eigene Fehler zugeben können. In einem Interview für die „Financial Times“ (FT) hat der Finanzmagnat seine Haltung zu Russland überraschend verändert.

Im vergangenen Jahr hatte Soros Russland eine Pleite vorausgesagt. Diese blieb aber aus. Westliche Politiker und Medien, die solche Prognosen für Russland routinemäßig machen, verschieben in solchen Fällen einfach den Zeitpunkt des Kollapses auf ein späteres Datum. Was man aber Soros zugutehalten kann: Er machte von einer alten Börsenregel Gebrauch, die besagt, dass wenn sich die Tatsachen ändern, man auch seine Meinung ändern soll.

Im Gespräch mit dem Blatt betonte Soros, wie schlecht es um die EU bestellt sei: „Die EU ist eine Organisation, die im Rande des Zerfalls steht.“ Russland sei hingegen eine „wiederauflebende Macht, die auf Nationalismus basiere.“

Soros, ein langjähriger Kremlkritiker, äußerte komischerweise in dem Interview kein Wort darüber, dass es Russland in Zukunft schlechter gehen wird. Er präsentiert sich aber als „verletzter Freiheitskämpfer“, dem angeblich der russische Präsident Wladimir Putin selbst gegenübersteht

Ironischerweise stärkt er damit nur das positive Image von Putin: Wenn ein dermaßen einflussreicher politischer Akteur wie Soros, der selbst der Bundeskanzlerin Angela Merkel die Leviten lesen kann, sich über eine angeblich von Putin gestartete effektive internationale Kampagne gegen seine Organisation beschwert, dann liegt die Schlussfolgerung nahe, dass Putin stärker und einflussreicher als die hochrangigsten europäischen Politiker und Akteure ist.

Sowohl das Weiße Haus als auch Soros werfen dem Kreml das Gleiche vor – die Störung der Weltordnung, der früher der allgemein anerkannte „Tod Russlands“ zugrunde lag. Washington erklärte Moskau für „tot“, nachdem Russland den Kalten Krieg verloren hatte. Bei Peking war das noch im 19. Jahrhundert nach den „Opiumkriegen“ der Fall gewesen. Die existenzielle Panik einiger westlicher Politiker ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass vor ihren Augen die längst für tot gehaltenen Gegner wiederauferstehen.

Soros scheint davon überzeugt zu sein, dass der Grund für Russlands „Auferstehung“ der Nationalismus sei. Es wäre aber falsch, Soros in diesem Fall aufs Wort zu glauben. Denn er betrachtet in der Regel jeden Politiker, der sich weigert, eine Marionette in seinen Händen zu sein, automatisch als Nationalisten und gefährlichen Radikalen.

Vielmehr sollte man diese Aussage so verstehen: Soros beschwert sich über den Patriotismus, der Russland auf die Beine hilft. Und das scheint ihm große Angst zu machen.

In diesem Sinne stellt Putin für europäische Politiker eine Art „schlechte Kampagne“ dar, indem er allen zeigt, dass eine Konfrontation mit dem US-Establishment eine effektive Taktik sein kann, die einem neben geopolitischen Vorteilen auch eine große Sympathie bei Wählern bringen kann.

Wenn Soros also früher auf einen Kollaps der russischen Wirtschaft hoffte, so setzt er nicht mehr auf diese Szenario. Mehr noch: Die einflussreichste US-Bank Goldman Sachs hat vor Kurzem eine überraschend positive Prognose für das Land abgegeben.

Das US-Establishment wäre daher nach dem Scheitern des „wirtschaftlichen Blitzkrieges“ gegen Russland gut beraten, sich mit Moskau zu vertragen. Derzeit sollte man damit jedoch nicht rechnen, da allzu viel Kraft und Mittel in den Mythos über eine „russische Bedrohung“ geflossen sind.

Doch früher oder später werden auch die härtesten Russophoben den Weg einschlagen müssen, den Soros jetzt geht: Zuerst Russland das Existenzrecht verweigern, dann mit der Hoffnung leben, dass Russland irgendwann pleitegehen wird, dann darüber deprimiert sein, dass Russland nicht zerfallen ist, und schließlich die bittere Erkenntnis, dass Russland für immer da sein wird (ein Beitrag von Iwan Danilow, Blogger)

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **bleibt angespannt**, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen einmal das Regime der Feueereinstellung im Gebiet von Logwinowo verletzt.

Beim Beschuss unserer Positionen haben die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte von den Minsker Vereinbarungen verbotene 82mm-Mörser sowie Granatwerfer verwendet.

Insgesamt wurden 30 Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte ignoriert die Minsker Vereinbarungen und betreibt weiter Aufklärung entlang der Kontaktlinie unter Nutzung von Drohnen.

Am 23. Januar wurde im Verantwortungsbereich der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Luganskoje-Troizkoje Luftaufklärung unserer Positionen mit Hilfe von Drohnen durchgeführt.

Ich will daran erinnern, dass heute die Arbeit des stellvertretenden Leiters der OSZE-Mission in der Ukraine Alexander Hug in Popasnaja geplant ist, im Zusammenhang damit sind Provokationen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte möglich.

Die Volksmiliz hält die Minsker Vereinbarungen genau ein und reagiert nicht auf Provokationen.

Die Einheiten der Volksmiliz der LVR tun ununterbrochen militärischen Dienst, führen Maßnahmen zur militärischen Ausbildung zur Aufrechterhaltung einer hohen Kampffähigkeit durch.

Der ungesetzliche Handel mit Waffen und Munition in der „ATO“-Zone geht weiter.

Nach uns vorliegenden Informationen wurden im Gebiet von Starobelsk am 20. Januar zwei Soldaten der Nationalgarde der Ukraine festgenommen, die versuchten, Waffen und Munition ungesetzlich zu verkaufen.

Nach Angaben der Rechtsschützer leisteten die Verbrecher bei der Festnahme Widerstand. In der Folge eines Schusswechsels wurde ein Polizist verletzt und wurde in das örtliche Krankenhaus eingeliefert.

In der letzten Zeit hat sich der Strom von nicht registrierten Waffen aus der „ATO“-Zone auf das Territorium der Ukraine um ein Mehrfaches gesteigert.

Dies hängt vor allem mit dem Fehlen der nötigen Kontrolle von Seiten des kommandierenden Personals der ukrainischen Streitkräfte über die Waffen und die Militärtechnik zusammen.

Der Kommandeur der „ATO“, Generalleutnant Sabrodskij, hat die Einheiten mit Drohnen angewiesen, einen Teil der Fluggeräte in Kampfdrohnen umzurüsten, die in der Lage sind

Kampfmunition zu befördern.

Aber im Verlauf der Arbeit einer Kommission zur komplexen Überprüfung sowie zur Feststellung der Ursachen des Fehlens von Ergebnissen beim Einsatz von Drohnen wurde entdeckt, dass bei der Umrüstung von zehn vorhandenen Drohnen acht beschädigt waren und nicht repariert werden können.

Ursache dafür ist das Fehlen von fachkundigen Spezialisten in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte.

Die Vorfälle und Verbrechen in der „ATO“-Zone unter Beteiligung betrunkenen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte gehen weiter.

Nach Mitteilung örtlicher Einwohner von Nishneteploje, Staniza-Luganskaja-Bezirk, ist am 22. Januar ein Soldat der 80. Luftsturmgruppe der ukrainischen Streitkräfte beim Fahren eines Transportfahrzeugs im betrunkenen Zustand nicht mit der Lenkung auf einer rutschigen Straße zurechtgekommen und ist gegen einen Strompfiler gefahren.

In der Folge des Unfalls hatten einige Häuser in der Leninstraße keinen Strom.

Im Zusammenhang mit dem Vorfall werden in dem Truppenteil interne Ermittlungen durchgeführt.

de.sputniknews.com: Kein deutsches Gedenken an die Opfer von Stalingrad

Die Bundesregierung plant keinerlei Veranstaltungen zum 75. Jahrestag des Sieges der Roten Armee in Stalingrad. Sie stuft auch die Gräueltaten der Wehrmacht in der Sowjetunion nicht grundsätzlich als verbrecherisch ein, sondern plädiert für eine „einzelbezogene“

Einordnung. Das teilt die Regierung auf Anfrage der Linke-Fraktion im Bundestag mit.

In Russland wird es am 2. Februar in Moskau und Wolgograd (ehemals Stalingrad) zentrale Feierlichkeiten anlässlich des 75. Jahrestages des Sieges der Roten Armee in der Schlacht um Stalingrad geben. Unter anderem hat der serbische Staatspräsident angekündigt, an diesen Gedenkveranstaltungen teilzunehmen. Die Linke im Bundestag wollte nun von der Bundesregierung wissen, ob auch Deutschland an den Feierlichkeiten teilnimmt und welche Rolle das Gedenken an die Opfer von Stalingrad für Deutschland spiele. In der Kleinen Anfrage an die Bundesregierung heißt es:

„Vor dem Hintergrund der laufenden Debatte über die Tradition der Bundeswehr..., gilt es, anlässlich des 75. Jahrestages an die Schlacht um und bei Stalingrad mit ihren vielen Opfern zu erinnern, deren Nachwirkung sich bis heute kaum einer entziehen kann.“

In der Antwort der Bundesregierung wird bestätigt, dass der deutsche Botschafter in Russland und der Verteidigungsattaché beabsichtigen, an der Veranstaltung in Wolgograd teilzunehmen. Der Besuch eines Vertreters der Bundesregierung ist jedoch nicht geplant. Bundeskanzlerin Angela Merkel war bereits 2015 den Feiern zum 70. Jahrestag des Weltkriegsendes am 9. Mai in Moskau ferngeblieben.

Auch wird es von deutscher Seite keine eigenen Gedenkfeierlichkeiten im ehrenden Gedenken an die Opfer von Stalingrad geben.

Sevim Dagdelen, Mitverfasserin der Anfrage an die Bundesregierung, meint dazu:

„Der Sieg der Roten Armee in Stalingrad war ein entscheidender Schritt zur Befreiung von der Nazi-Diktatur. Er war ein Triumph, der neue Hoffnung spendete und letztlich unsere Geschichte, die europäische, ja die Weltgeschichte zum Positiven verändert hat. Dass die Bundesregierung daran mit keiner Silbe erinnern will, ist unwürdig und beschämend. Es ist ein geschichtspolitischer Offenbarungseid.“

Auch stuft die Bundesregierung militärische Handlungen der Wehrmacht gegen die Sowjetunion nicht grundsätzlich als verbrecherisch ein:

„Die Einordnung damaliger militärischer Handlungen der Wehrmacht als verbrecherisch im strafrechtlichen Sinne ist ein einzelbezogenes Vorhaben“, heißt es in der Antwort der Bundesregierung.

Sevim Dagdelen, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag,

kommentiert diese Antwort wie folgt:

„Die Angriffe der Wehrmacht auf Stalingrad waren ein Verbrechen wie alle militärischen Handlungen der Nazi-Wehrmacht im Rahmen des verbrecherischen Angriffs- und Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion und ihre Menschen. Da gibt es kein Vertun und keine ‚einzelfallbezogene‘ Abwägung.“

Die Linksfraktion im Bundestag plant nun, eine eigene Delegation zu den Gedenkfeierlichkeiten zum Sieg der Roten Armee nach Wolgograd zu schicken, um Deutschland angemessen zu vertreten und sich zur Geschichte zu bekennen.

Dnr-news.com: Gryslow erklärte, dass PACE das Wesen des Konflikts im Donbass nicht versteht oder nicht verstehen will

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates zeigt ein mangelndes Verständnis für das Wesen der politischen Krise im Donbass. Diese Meinung äußerte am Mittwoch gegenüber TASS der bevollmächtigte Vertreter der RF in der Kontaktgruppe Boris Gryslow, als er die von der PACE beschlossene Resolution zu den humanitären Folgen des bewaffneten Konfliktes im Donbass kommentierte.

„Die PACE demonstrierte wieder einmal einen Mangel an Verständnis oder mangelnden Willen, das Wesen der Krise im Donbass als innerukrainische politische Konfrontation zu verstehen“, erklärte Gryslow.

Der Politiker kritisierte auch die Forderung der PACE an Russland, die finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung des Donbass einzustellen.

„Es ist offensichtlich, dass Russland und seine Bürger es sich nicht leisten können, zurückgelehnt ruhig die humanitäre Katastrophe der Bevölkerung der Oblaste Donezk und Lugansk zu beobachten, und auch nicht zuzulassen, dass direkt an Russlands Grenze die Sicherheit von 3,5 Mio Menschen bedroht wird“, sagte Gryslow.

„Daher widersprechen die Forderungen nach dem Einstellen der finanziellen und ökonomischen Unterstützung des Donbass vollkommen sowohl dem gesunden Menschenverstand als auch den Prinzipien des Humanismus“, betonte der bevollmächtigte Vertreter der RF.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-01/1516803031_4635806.jpg

Lug-info.com: Pressekonferenz der Rektorin der Lugansker Nationaluniversität „Taras Schewtschenko“ Jelena Tregubenko

In diesem Jahr sind etwas mehr als 120 Studenten bei uns im ersten Semester, die Einwohner des von der Ukraine kontrollierten Gebiets des Lugansker Lands sind.

Sie studieren aktiv, haben recht große Erfolge, wir verfolgen ihre Erfolge. Diese Studenten werden in jeglicher Weise unterstützt und haben sich absolut ruhig und gut in die Studentenfamilie unserer Universität eingefunden. Einige von ihnen zeigen erheblich Errungenschaften sowohl bei der Ausbildung als auch in den kulturellen und sportlichen Bereichen.

Diese Zahl der Studenten aus den von der Ukraine kontrollierten Territorien des Lugansker Gebiets soll 2018 weiter erhöht werden.

Wir planen in diesem Jahr noch höhere Zahlen zu erreichen, weil die heute von der Hochschule gebotenen Möglichkeiten wesentlich breiter sind als vor dem Krieg.

Der Leiter der didaktisch-methodischen Abteilung der Universität Walerij Sawenkow erläuterte, dass es geplant ist, technisch unterstützte Fernstudiengänge für Studenten auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium anzubieten.

Bisher gibt es dort bereits Angebote zu den Studiengängen Sozialarbeit, Philologie, Dokumentarwesen und Archivwissenschaft, angewandte Informatik, Ökonomie, Betriebswirtschaft sowie Vorschul- und Grundschulziehung.

Die ersten Studenten erproben gerade dieses Programm im Rahmen des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volks des Donbass, berichtete Jelena Tregubenko.

de.sputniknews.com: „IOC hat das russische Sportteam für Olympia quasi enthauptet“

Die besten Sportler Russlands stehen nicht auf der Liste der Olympia-Teilnehmer in Pyeongchang. Will man die Konkurrenten entfernen?

Das Internationale Olympische Komitee (IOC) hat die besten russischen Sportler ohne Erklärung von den Olympischen Winterspielen in Pyeongchang ausgeschlossen. Betroffen sind die russischen Eiskunstläufer Ksenia Stolbowa und Iwan Bukin, der Shorttrack-Läufer Wiktor Ahn, der Biathlet Anton Schipulin und der Skilangläufer Sergej Ustjugow.

Vom Sportprinzip des Wettstreits sei keine Rede mehr, sagte die Sportberichterstatlerin Natalia Kalugina im Sputnik-Interview.

„Das ist traurig und völlig unbegründet. Dass Wiktor Ahn, Anton Schipulin und Sergej Ustjugow ausgeschlossen wurden, lässt sich nicht erklären. Die Olympiasiegerin im Eisschnelllauf Swetlana Schurowa äußerte die Vermutung, dass man die stärksten Konkurrenten entfernen will. Vom Sportprinzip des Wettstreits bei den Olympischen Spielen ist keine Rede mehr.“

Von den 500 Athleten, die Russland zu den Winterspielen in Südkorea schicken sollte, wurden lediglich 389 Sportler von IOC-Beamten zugelassen. 111 saubere Athleten in den verschiedensten Sportarten, die nie in Dopingskandale verwickelt waren, wurden von der Liste gestrichen.

Laut Alexej Krawzow, Präsident der Russischen Eisschnelllauf-Union, würden praktisch alle Top-Sportler im Eisschnelllauf und im Shorttrack keine Einladungen vom IOC zu den Olympischen Spielen erhalten.

„Der Grund für diese Entscheidung ist für mich ein Rätsel. Ich finde das empörend und ungerecht. In der Männermannschaft wurden überhaupt keine Top-Sportler zugelassen, in der Frauenmannschaft sieht es fast ebenso aus. Dass Wiktor Ahn nicht zugelassen ist, ist der Gipfel der Ungerechtigkeit, die in den letzten drei Monaten der Verhandlungen gegenüber unseren Sportlern an den Tag gelegt wird.“

Der sechsfache Olympiasieger und Shorttrack-Läufer Wiktor Ahn gewann bei den Olympischen Spielen in Sotschi drei Goldmedaillen. Seine Auszeichnungen sind ihm nicht

aberkannt worden.

Die Olympiasiegerin im Eisschnelllauf Swetlana Schurowa hat im Sputnik-Gespräch die Vermutung geäußert, dass das IOK die russischen Athleten aus politischen Gründen nicht eingeladen habe

„Im Grunde genommen hat das IOC das gesetzliche Recht, diesem oder jenem Athleten die Möglichkeit zu geben, an Wettkämpfen teilzunehmen oder nicht. Vorerst wurden keine Argumente für diese Entscheidung genannt. Aber sie kann zum Beispiel mit einer solchen Formulierung erscheinen: Diese Sportler hätten die olympische Bewegung diskreditiert, indem sie den Bericht von McLaren mit seinen Vorwürfen gegen Russland nicht unterstützt und zudem noch nicht dafür gebüßt hätten. Ich schließe nicht aus, dass sich einige russische Athleten weigern werden, nach Pyeongchang zu fliegen, weil unser Sportteam in einigen Disziplinen quasi enthauptet wurde. Bei Staffeln gibt es einfach niemanden, der da antreten könnte.“

Nach den Worten von Michail Degtjarjow, dem Vorsitzenden des Komitees der Staatsduma für Sport, ist die IOC-Entscheidung eine geplante Aktion, die darauf abzielt, die stärksten russischen Sportler, die die ersten Plätze belegen könnten, von den Spielen auszuschließen.

Dnr-online.ru: Heute fand im Rahmen der Sitzung der behördenübergreifenden Kommission zu Fragen der Abstimmung von Programmen zum Wiederaufbau und Entwicklung der Wirtschaft und des sozialen Bereichs, die von Stadt- und Bezirksverwaltung für 2018 ausgearbeitet wurden, eine weitere Behandlung örtlicher Programme statt.

Das Ministerium für ökonomische Entwicklung der DVR teilt mit, dass die Leiter der Verwaltung von Debalzewo, Dokutschajewsk, Shdanowka, Kirowskoje, Sneshnoje und Tores heute ihre Programme vorgestellt haben.

Die Besonderheit der ökonomischen Lage der heutigen Gruppe von Städten ist es, dass die Ökonomie durch eine Branche gekennzeichnet ist. Die meisten von ihnen wurden auf der Grundlage von einem oder zwei Unternehmen mit einer einseitigen Spezialisierung gegründet, von deren Arbeit die sozialökonomische Situation des Territoriums vollständig abhängt.

„Die vorgestellten örtlichen Programme haben heute gezeigt, welche Möglichkeiten in den einseitig ausgerichteten Städten existieren, ob die Erhaltung der derzeitigen Lage möglich ist oder ob die Herausbildung einer neuen Orientierung, der Übergang zu einem neuen Format zur Ausweitung der Funktionen der Unternehmen der Stadt auf dem Weg einer Transformation der ökonomischen Basis der administrativ-territorialen Einheiten notwendig ist“, sagte die Ministerin für ökonomische Entwicklung Wiktorija Romanjuk.

Außerdem ist in den sozialökonomisch einseitig ausgerichteten Städten der Prozess der Planung der Tätigkeit der administrativ-territorialen Einheiten eine besondere Notwendigkeit.

„In erster Linie ist die Entwicklungsperspektive einer einseitig ausgerichteten Stadt die Gewährleistung der Versorgung der arbeitsfähigen Bevölkerung mit Arbeitsplätzen, die Steigerung der Lebensqualität der Bevölkerung, die Vergrößerung der Effektivität bei der Ausgabe von Haushaltsmitteln, die Effektivität der Betriebe, die Schaffung von kleinen und mittleren Unternehmen. Und was erfreulich ist, ist das Verhältnis der Bürgermeister zu dem menschlichen Potential“, unterstrich Wiktorija Romanjuk.

Auf der abschließenden Sitzung der Kommission am 25. Januar werden die Entwicklungsprogramme für die Ökonomie und den sozialen Bereich für 2018 von den Leitern der Verwaltungen von Gorlowka, Donezk, Jenakiewo, Makejewka, Charzysk und Jasinowataja vorgestellt und eine organisatorische Besprechung zur weiteren Behandlung der Schlüsselkennziffern der Programme im Jahr 2018 durchgeführt.

Ukrinform.ua: Wirtschaftsforum in München: Ukrainische Delegation bereits eingetroffen

Die Pressestelle des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Handel der Ukraine hat auf ihrer Facebook-Seite mitgeteilt, die ukrainische Delegation mit dem ersten Vize-Premierminister und Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel der Ukraine, Stepan Kubiw, an der Spitze sei zum bayerisch-ukrainischen Wirtschaftsforum eingetroffen. „Deutschland ist einer der wichtigsten Handelspartner der Ukraine in der EU. Heute ist die ukrainische Delegation unter der Leitung von Stepan Kubiw zum bayerisch-ukrainischen Wirtschaftsforum angekommen, um die Zusammenarbeit zwischen den Ländern zu vertiefen“, ist in der Mitteilung angegeben.

Die Ukraine bleibt attraktiv für Investitionen deutscher Unternehmen. Innerhalb von 9 Monaten 2017 sind die Investitionen in unser Land um \$ 213 Millionen gestiegen. Zum Stand vom 1. Oktober 2017 hat Deutschland in die Wirtschaft der Ukraine \$ 1,8 Milliarden investiert, von denen \$ 1,1 Milliarde der Investitionen auf die Industrie entfällt.

Der populärste Bereich für deutsche Investitionen in der Ukraine ist die Produktion von Autoteilen und Zubehör.

Im Rahmen des Bayern-Forums trifft sich Kubiw mit der Bayerischen Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, Ilse Aigner.

Abends:

Dan-news.info: Kommentar Puschilins über die Antiminenaktivitäten im Donbass
Als eine der vorrangigen Fragen der Tagesordnung der Kontaktgruppe in Minsk für 2018 nennt die OSZE-Mission die Antiminenaktivitäten.

In diesem Zusammenhang ist ein klares Verständnis dessen nötig, dass technische Fragen des Sicherheitsblocks, wie die Durchführung von Entminungen, der Abzug schwerer Waffen oder die Trennung von Kräften und Mitteln, untrennbar mit dem politischen Block der allgemeinen Regelung verbunden sind.

Der politische Teil ist die Grundlage für alle übrigen Fragen und solange er sich in tiefster Stagnation befindet, laufen alle übrigen Fragen „mit Ach und Krach“.

Trotz der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand und zusätzlichen Maßnahmen für seine Kontrolle ist das Eskalationsniveau instabil, eine vollständige und dauerhaft Einstellung der Kämpfe tritt nicht ein.

Wir sind überzeugt, dass dies im Zusammenhang mit dem Fehlen eines einheitlichen Verständnisses zur Lösung des Konflikts bei den Menschen, die sich an vorderster Linie befinden, steht. Auf der einen Seite gibt es die Minsker Vereinbarungen, wo fest vorgeschrieben ist, auf welche Weise der Deeskalationsprozess verlaufen muss (unter anderem das Verbot zu Einrichtung von Minensperren), auf der anderen Seite gibt es das Fehlen jeglichen Fortschritts im politischen Teil auf dem Hintergrund der Erklärungen der führenden Persönlichkeiten der Ukraine über militärische Wege der Lösung des Konflikts.

Es ist gesetzmäßig, dass eine solche Situation Misstrauen hervorbringt und Bedingungen schafft, unter denen die Menschen auf beiden Seiten der Kontaktlinie sich nicht auf den Frieden, sondern auf den Krieg vorbereiten. Beide Seiten sehen diese Prozesse und wenn eine der Seiten keine spiegelbildlichen Maßnahmen unternimmt, so bedeutet das für sie eine Niederlage. Es ist offensichtlich, dass, wenn es keine Minensperren gibt, die Möglichkeit des Durchbruchs des Gegners um ein Mehrfaches größer ist, genauso wie die Einnahme von Territorien, was die ukrainischen Streitkräften in den letzten zwei Jahren mehrfach getan haben.

Und eine solche Lage der Dinge wird es so lange geben, solange keine Bedingung der Koexistenz festgelegt wurden, keine politischen Regeln eingeführt sind. Wenn es bis jetzt

keinen besonderen Status des Donbass, keine Amnestie, keine Wahlen usw. gibt, so heißt das, dass die ukrainische Seite auf eine andere Variante der Lösung des Konflikts setzt, Entscheidungen trifft, die den Minsker Vereinbarungen entgegengesetzt sind. Eine offensichtliche Bestätigung dafür ist die Annahme des Gesetzes über eine sogenannte Reintegration durch die Rada.

Natürlich wirkt sich all dies auf die Situation entlang der Kontaktlinie aus. Daher kommt auch die Notwendigkeit, spiegelbildliche Maßnahmen zu ergreifen, unter anderem auch in Fragen, die mit Minen zu tun haben. Wir merken an, dass auf dem Hintergrund des Fehlens einer totalen Entminung ein Fortschritt in lokalen Fällen unter Berücksichtigung allgemeiner und staatlicher Sicherheitsinteressen der Seiten erreicht werden.

Aber die Realität ist so, dass solange eine politische Lösung im Minsker Prozess fehlt, das grundlegende Ziel – eine vollständige Deeskalation des Konflikts – nicht erreichbar ist.